

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig.
Raben & Komp., Nr. 20813.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. K. K. K. Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 9.00 M.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 23 251.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: bis 7 gelbrote Hauptzeilen 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3 gelbrote Nebenzeilen 5 Pf. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Einzelzeilen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 291

Dresden, Mittwoch den 17. Dezember 1919

30. Jahrg.

Um Schule und Volksbildung

Drei die Volksschulen und die Volkshochschule betreffende Interpellationen, die gestern in der sächsischen Volkskammer zur Beratung standen, gaben dem neuen Kultusminister Gelegenheit, seine Ansichten über die Neugestaltung der Schulen darzulegen. Die konservative Interpellation hatte bereits die Ansicht geäußert, daß von fortgeschrittenen Geistes erhellte sächsische Übergangsschulgesetz auf die Schulartikeln der Reichsverfassung zurückzuführen, die bekanntlich unter dem maßgebenden Einfluß des Zentrums zu einer wenig erfreulichen Kompromißgeburt geworden sind. Dem Herrschaften, die in Sachsen nach Anbannung an die Reichsverfassung schreiten, ist es in erster Linie darum zu tun, die weltliche Schule zu hinterreiben, die das sächsische Übergangsgesetz vorsehrt, und den Religionsunterricht, womöglich in der alten Weise, und damit auch die Konfessionskunde wiederherzustellen. Darauf zielen natürlich auch die Deutschnationalen gehen in erster Linie ab.

Bei solchen Vorlesungen kommt der Reaktion reichlich der Grundlag wagt, daß Reichsrecht Vorrang hat. Freilich lautet Artikel 174 der Reichsverfassung insofern einen gewissen Raum, als der jetzige Zustand in einem Einzelgesetz befestigt bleiben soll. Es erweist sich freilich, daß ein durch ein Übergangsgesetz erreichter Zustand bereits als ein bestehender angesehen werden wird. Unter diesen Umständen hat es Kultusminister Dr. Ciesler für zweckmäßig, einen Vorschlag vorzuschlagen, der zwischen der von den Konservativen geforderten Konfessionskunde und der weltlichen Schule, die von sozialdemokratischer Seite gefordert wird, in Bezug einer konfessionslosen Gemeinschaftsschule mit Religionsunterricht hindurchzuführen soll. Wir sollen somit in Sachsen statt der jetzigen Konfessionskunde die Gemeinschaftsschulen bekommen. Ein Fortschritt wäre das gegen den jetzigen und auch jetzt noch bestehenden Zustand gewiß, aber er bliebe weit hinter der weltlichen Schule zurück, die die Sozialdemokratie nach wie vor fordert. Nur wenn wir in Sachsen durch den größeren Druck der Reichsverfassung dazu gezwungen werden könnten, würde die sozialdemokratische Volkshochschule bereit sein, den Konservativen Mittelweg als kleineres Übel vorläufig zu akzeptieren.

Erfreulich wie sein Vorschlag für den Religionsunterricht war das Schulprogramm des neuen Kultusministers sonst. Es war ein großzügiger Grundriss für eine Erneuerung unserer Schulen, für die die allgemeine und wesentliche gebundene Volksschule die Grundlage bilden soll. Auf dieser sollen sich zunächst in vier Übergangsklassen die Ober- und Unterstufe aufbauen, für deren Zulassung die Befähigung entscheidend sein soll. In den vier Übergangsklassen soll die Möglichkeit eines Wechsels zwischen den vier Arten der Ober- und Unterstufe offen gehalten werden, um den Schülern für den ihnen am besten zuzugewandten Unterricht den Weg offen zu lassen, die sich erst später darüber klar werden, ob sie Religion oder Anlagen für gelehrte oder praktisch gerichtete Berufe geeignet erscheinen lassen. Auf diesen Ober- und Unterstufe sollen ausgearbeitete Seminare als deutsche Ober- und Unterstufe angeschlossen werden, vor allem die Schließen sollen, mühen sich die Dozenten, vor allem die Universitäten aufzubauen. Die unteren Oberrealschulen und Gymnasien entsprechenden Ober- und Unterstufe sollen einheitlicher gestaltet und Teile eines neuen Aufbaues unseres Schulwesens werden. Auch von Volkshochschule, der reichlich in der jetzigen Unterrichtsreform zu finden ist, sollen sie befreit werden. Die Hoch- und Fortbildungsschulen mühen sich geistige und praktische Vorbereitungsschulen für Leben und Beruf in diesem neuen Schulbau einen angemessenen Platz finden. Das dieses Schulprogramms des neuen Kultusministers die Zustimmung der demokratischen Fraktion findet, befindet sich in einer ebenso sachlichen wie gründlichen Rede der demokratischen Schuldirektor Focher, der manches noch im einzelnen illustrierte und verteilte, was Dr. Ciesler nur andeutete hatte.

Der sozialdemokratische Redner, Lehrer Ernst, konnte im allgemeinen dem Schulprogramm des Unterrichtsministers die Unterstützung und Zustimmung unserer Parteigelehrten in Aussicht stellen, läßt aber auch scharfe und berechtigte Kritik an den Schulartikeln der Reichsverfassung und wie weit sie hinter den Anforderungen des sächsischen Übergangsgesetzes zurückbleiben. Unter dem schließlichen Umhang der Rechte schilderte er ferner, wie die Kirche wieder bemüht ist, sich der Volksschule zu bemächtigen. Deutlich und mit scharfen Worten, mit denen er aus seiner sonst auf konsilientem Ton eingestellten Rolle fiel, verriet der sozialdemokratische Redner, wie er vor allem für ein wissenschaftliches Fortschreiten, zu dem er vor allem den Volksschulgelehrten den Eintritt verweigern will. Soweit der Neuaufbau des Schulwesens in Betracht kommt, war der dem Reichsminister Dr. Ciesler noch um deutschvolksparteiliche Rechtschaffenheit Dr. Ciesler noch um einige Grade rückwärts. Er führt allerhand gegen die Forderung an, daß nur der Beschäftigte zum höheren Studium zugelassen werden sollte, und verteidigte so das Recht des größeren Geldbetrags der Eltern bei der Auswahl für das höhere Studium.

Eine demokratische Interpellation, die die Volkshochschule betraf, geschied bei diesen Beratungen in den Hintergrund, obwohl sich der demokratische Vertreter Kunkel durch bemerkenswerte Ausführungen bemüht hatte,

darin Interesse zu erwecken. Die Unabhängigen erzeigten sich, diese Kurie in Mitleid mitbringen, schnitten dabei aber recht schwach ab. — Die Verhandlungen schloß schließlich nach achtstündiger Dauer abends gegen 9 Uhr an der Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Entspannung in Paris

Paris, 17. Dezember. Der Oberste Rat der Alliierten versammelte sich unter dem Vorsitz Clemenceaus gestern morgen in dessen Wohnung. Der Rat prüfte zunächst die deutsche Antwort vom Montag. Es wurde beschlossen, daß eine Konferenz zwischen den alliierten und deutschen Experten heute stattfinden solle, um den Teil der Rote zu erörtern, der sich auf die Infolge der Verletzung der Schiffe in Scapa Flow geforderten Wiedergutmachung bezieht. Frankreich wird in dieser Kommission durch Admiral Levasseur vertreten sein. Gewisse Teile der deutschen Antwort werden zur Prüfung an die juristische Kommission überwiesen.

Die Vertreter der Alliierten haben den persönlichen Ton der Rote gebilligt; eine Antwort wird vorbereitet und der deutschen Delegation gegen Ende der Woche übergeben werden. Der Rat prüfte zugleich die durch die österreichische Delegation aufgeworfene Frage wegen Borarlberg.

Nachrichten aus verschiedenen Quellen, die in der Schweizer Presse veröffentlicht werden, sprechen übereinstimmend als Folge der deutschen Antwort von einer offensichtlichen Entspannung der politischen Lage. Man erkennt insbesondere den veränderten Ton der deutschen Antwort an. Aus den Erklärungen Verners geht hervor, daß das verzögerte Eintreffen der Rote von der deutschen Regierung nicht absichtlich herbeigeführt worden sei. Allgemein herrsche die Überzeugung vor, die auch Somme nicht, daß der endgültige Friedensschluß nunmehr bis Ende des Jahres zu erwarten sei.

Die deutsche Delegation

Paris, 17. Dezember. Die neue deutsche Delegation zur Verhandlung der Wiedergutmachungsangelegenheit für die Verletzung der Rote in Scapa Flow ist gestern morgen 8.10 Uhr mit dem Kölner Express in Paris eingetroffen. Die Delegation begab sich von Gare du Nord (Nordbahnhof) sofort nach dem deutschen Bureau in Paris.

Nach einer Meldung des Secolo wird Ministerpräsident Ritti einer Einladung nach London folgen, sich nach London begeben und sich auf der Durchreise zwei bis drei Tage in Paris aufhalten.

Für Rettung der Grenzgebiete

Berlin, 16. Dezember. Der Schutz und für Grenz- und Auslandsdeutsche veranfaßte am heutigen Abend eine Versammlung im Reichstagsgebäude, die sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung des gesamten deutschen Volkes für die bedrohten Gebiete gestaltete. Der Präsident der Nationalversammlung Lehrenbach und der Vorsitzende der Preussischen Landesversammlung Leinert hielten Ansprachen. Den Schluß der Versammlung bildete folgende unter großem Beifall angenommene

Entschliebung:

Nach dem Friedensvertrag von Versailles sind in Schleswig, Ost- und Westpreußen sowie Oberschlesien viele Tausende Grenzdeutsche heimberückigt, die verstreut im Reich wohnen. Damit sie von ihrem Abstammungsrechte gemäß der im Friedensvertrag festgelegten Normen Gebrauch machen können, müssen sie eine Reise ins Abstammungsgebiet antreten, um an ihrem Geburtsort abzustimmen. Die dadurch entstehenden Kosten aufzubringen, ist Sache des ganzen deutschen Volkes. Mittel dazu sollen durch freiwillige Sammlungen für die Grenzspende des Deutschen Schutzverbandes für Grenz- und Auslandsdeutsche beschafft werden, um dadurch den Grenzdeutschen zu zeigen, daß das ganze Vaterland bereit sei, diese Gebiete bei Deutschland zu erhalten. Dieses Streben muß alle Deutschen ohne Unterschied der Parteien einem. Das deutsche Volk muß seine Kraft einlegen zur Durchführung der großen politischen Aufgabe: der Erhaltung der Abstammungsgebiete beim Reich.

Salzburgs Ansehln an Deutschland

Der vom Landtag angenommene Antrag hat folgendem Wortlaut:

Um unser Land und unser Volk vor dem Zusammenbruch zu bewahren, wird der Landtag beauftragt, die Staatsregierung zu ersuchen, beim Obersten Rat in Paris Schritte zu unternehmen, damit Salzburg ebenfalls seinen Ansehln an das bayerische Wirtschaftsgebiet vollziehen kann. Der Landtag wird ermächtigt, die Vorarbeiten für die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes zwischen Salzburg und Bayern in Angriff zu nehmen.

Kurzfristige Demagogienpolitik

Der bekannte unabhängige Schriftsteller Heinrich Ströbel veröffentlicht in der neuesten Nummer der Weltbühne Ausführungen über den Leipziger Parteitag der Unabhängigen, die wir wegen der treffenden Kennzeichnung des Wesens dieser Tagung unterkürzt wiedergeben:

Eine Abkehr vom nationalistischen Wahlsinn und der militaristischen Provokationspolitik wäre gleichwohl durchzusetzen gewesen, wenn die Unabhängigen sich mit den Rechtssozialisten in einen demokratisch-sozialistischen Block zur Sicherung der Republik zusammengeschlossen hätten. Der Bolschewismus hätte dann vor einer Politik der inneren und der internationalen Verhandlung die Segel streichen müssen. Aber leider hat der Parteitag unsere schlimmsten Erwartungen noch übertroffen. Niemals hat man Verhandlungen von solcher Gebankenarmut, niemals den Triumph solch trostloser Mittelmäßigkeit erlebt. Niemals seit Bestehen der deutschen Sozialdemokratie so verhängnisvolle Beschlüsse. An Hoopes Stelle ist nun neben dem hilflos besessenen Parteiführer des Bolschewismus Crispian der moskauer Fanatiker Däumig, eine wunderliche Mischung von Revolutionsfanatiker und Organisationsphilister. Sie dirigieren fortan mit den Stöder und Koenen die Partei. Selbst der alte Reichspost Redebour war wegen seiner Verwerfung des Terrors den wachsenden Rätefanatikern nicht radikal genug. Und entsprechend der Zusammenfassung des Vorstandes legte man denn auch die Partei auf das Räteisium, auf die Diktatur des Proletariats, die dritte Internationale und die Weltrevolution fest. Solange die Unabhängigen neben einer solchen Führerschaft und unter dem Zwange eines so wirkungslosen Programms leben, sind sie als Faktor einer positiven, aufbauenden Politik in Deutschland ausgeschlossen. Für hemmungslöser Wortradikalismus wird ihnen, bei der hoffnungslosen Verfahrenheit der deutschen Zustände, der Unfähigkeit der Herrschenden und dem wachsenden sozialen Elend auch künftig noch Arbeiterstimmen zutreiben: dem politischen Aufflackern und der sozialen Verwirrung wird ihre kurzfristige Demagogienpolitik nimmermehr dienen. Im Gegenteil: der Bolschewismus und die Reaktion können sich keine besseren Verbündeten wünschen. Desgleichen die Rechtspolitiker und Imperialisten der Entente, deren

Absichten auf die Verreichung und dauernde Schädigung Deutschlands in den bolschewistischen Allüren der deutschen Unabhängigen und in dem unheimlichen Geistes von der Weltrevolution ja die willkommene Entschuldigung finden.

Bemitleidenswert war die Rolle, die der Chefredakteur der Freiheit spielte. Rudolf Silberding hat, wie ja keine Parteitagreden über die dritte Internationale und die Aussichten des Bolschewismus bewiesen, viel zu tiefe Einsichten in das Wirklichleben und die ökonomischen Möglichkeiten, als daß er ohne Widerstreben seines ganzen geistigen Menschen diese Ausschweifung der Partei hätte mitmachen können. Er fand ja auch manches laßere und ehrliche Wort der Kritik gegen die rabiotöse Stimmungspolitik der verblendeten Reichspost. Aber er drang nicht durch, denn sein Protest kam zu spät. Silberding ist das Opfer seiner eigenen Laft geworden. Vor Jahresfrist, als die Kautsch, Bernstein, Reichspost und ich ihn zum Kampf gegen den bolschewistischen Teufelswahn drängten, wich er jedem rückwärtslosen Bekenntnis aus, weil er durch zeitweiliges Nachgeben die Bügel um so sicherer in der Hand zu behalten glaubte. Ein rätelhafter Irrtum: denn wie konnte er über die kommunistische Konfusion zu liegen hoffen, wenn er in der Freiheit dem Kommunismus unangenehme Konzeptionen machte, jede entschiedene Kritik aber aus dem Mitleid verbannt hat? Hat er doch nicht einmal eine Besprechung von Kautschs Buch über den Terrorismus und Kommunismus zu bringen gewagt.

Nicht nur die Demokratie, sondern auch der Sozialismus hat in Leipzig eine schwere Niederlage erlitten. Wenn nicht die Logik der Ereignisse — vor allem die Rückentwicklung des Kommunismus zur Demokratie in Rußland selbst — diese Fehler der Unabhängigen korrigiert, sind die Aussichten für Proletariat und Demokratie einfach trostlos.

Heinrich Ströbel steht mit dieser Auffassung über den sogenannten Klärungsparteitag innerhalb seiner Partei nicht allein; nur hat er den Mut, das zu sagen, um des Proletariats willen. Aber schlimm ist es mit einer Vorberbestell, deren leuchtendste Elemente nicht den Mut haben, den Dummheiten des Ueberradikalismus richtig entgegenzutreten, weil sie die Opfer ihrer eigenen Demagogie geworden sind.